

VERHANDLUNGSSCHRIFT

aufgenommen bei der am Donnerstag, dem 30. März 2006 um 19 Uhr 30 im Gemeindeamt Baumgarten, Florianiplatz 10, stattgefundenen Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Baumgarten.

Anwesend waren: Bürgermeister Kurt Fischer als Vorsitzender, sowie die Gemeinderatsmitglieder Gemeindevorstand Robert Mihalits, GV Dr. Karl Kaus, Roman Hausmann, Gerhard Hombauer, Stefan Rath, Jürgen Steinwender, Ing. Karl Tobler, Gemeindevorstand Walter Lichtenberger, Irene Leeb, Elvira Fischer und Mag. Friedrich Wildt. Weiters OAM Stefan Hausmann als Schriftführer.

Entschuldigt: Aurelia Hollenits, Martin Wlaschitz und Edeltraud Hombauer.

Tagesordnung:

1. Grundsatzbeschluss über die Verwendung des neuen Tanklöschfahrzeuges auch für kommunale Bereiche
2. Vermessungsurkunde der DI Helmut Jobst und DI Markus Jobst vom 16.08.2005, GZ 12087/05 – Übernahme von Trennflächen in das Öffentliche der Gemeinde Baumgarten und Widmung als Verkehrsfläche (Grabengasse)
3. Resolution – Nahverkehrsreform gefährdet regionale Erreichbarkeit
4. Rechnungsabschluss 2005
5. Mittelfristiger Finanzplan 2007/2008
6. Sportverein Baumgarten – Unterstützung durch die Gemeinde beim Ankauf eines Vereinsbusses
7. Allfälliges

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung zur anberaumten Stunde und stellt fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß zur Sitzung geladen wurden und die Gemeinderatsmitglieder in beschlussfähiger Anzahl anwesend sind. Die Gemeinderäte Mag. Friedrich Wildt, ÖVP, und Roman Hausmann, SPÖ, werden vom Bürgermeister zu Beglaubigern bestimmt, mit der Abfassung der Niederschrift wird OAM Stefan Hausmann betraut.

Sodann stellt der Vorsitzende gemäß § 6 Abs. 3 der Geschäftsordnung die Frage, ob jemand gegen die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung Einwendungen erheben will. Nachdem gegen die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung keine Einwendungen erhoben werden, erklärt der Bürgermeister die Verhandlungsschrift vom 24. November 2005 als genehmigt.

Danach verkündet der Bürgermeister den Übergang zur Tagesordnung.

01/2006 Grundsatzbeschluss über die Verwendung des neuen Tanklöschfahrzeuges für kommunale Zwecke

Der Vorsitzende berichtet, dass das neue Feuerwehrauto auch für Zwecke der Gemeinde eingesetzt werden soll und der Gemeinderat in diesem Zusammenhang hierüber einen Grundsatzbeschluss fassen möge. Nach kurzer Debatte fassen sodann die Anwesenden über Antrag des Bürgermeisters einstimmig – ohne Gegenstimme – nachstehenden

Beschluss:

Das neue Tanklöschfahrzeug der FF Baumgarten wird ab sofort auch für kommunale Zwecke wie Kanalreinigung, Kanalspülung und sonstige Zwecke des Gemeindeamtes genützt.

02/2006 Vermessungsurkunde der DI Helmut Jobst und DI Markus Jobst vom 16.08.2005, GZ 12087/05 – Übernahme von Trennflächen in das Öffentliche der Gemeinde Baumgarten und Widmung als Verkehrsfläche (Grabengasse)

Der Vorsitzende berichtet, dass im Zuge von Bauarbeiten an der Liegenschaft in Baumgarten, Grabengasse 4, die Einfriedung und das Einfahrtstor nach hinten versetzt werden. Die entsprechende Vermessungsurkunde liege hier auf und nach kurzer Debatte fassen sodann die Anwesenden über Antrag des Bürgermeisters einstimmig – ohne Gegenstimme - folgenden

Beschluss

Verordnung

des Gemeinderates der Gemeinde Baumgarten vom 30. März 2006 über die Übernahme von Trennflächen in das Öffentliche Gut und deren Widmung als Verkehrsfläche:

Der Gemeinderat der Gemeinde Baumgarten verordnet gem. § 4 Absatz 5 Burgenländisches Straßengesetz 2005, LGBl.Nr. 79/2005, in Verbindung mit § 58 Absatz 1 und § 64 Absatz 1 Burgenländische Gemeindeordnung, LGBl.Nr. 55/2003, dass die in der Vermessungsurkunde der DI Helmut und DI Markus Jobst vom 16.08.2005, GZ. 12087/05 bezeichneten und unten angeführten Trennstücke in das Öffentliche Gut der Gemeinde Baumgarten übernommen, dem Gemeingebrauch als öffentliche Verkehrsfläche (Gemeindestraße) gewidmet und mit den ebenfalls angeführten Grundstücken vereinigt werden:

Trennstücknummer	Ausmaß in m2	alte Grundst.Nr.	neue Gst.Nr.
1	5	96/2	107
2	6	95	107

Die Verordnung tritt mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Verfügung: Dieser Beschluss ist durch zwei Wochen als Verordnung öffentlich kundzumachen und sodann samt den erforderlichen Unterlagen der Bezirksverwaltungsbehörde zur Verordnungsprüfung vorzulegen.

3/2006 Resolution – Nahverkehrsreform gefährdet regionale Erreichbarkeit

Der Bürgermeister erklärt, dass seiner Meinung nach die Anbindung auch kleinerer Regionen an den öffentlichen Verkehr zur Grundversorgung der dort lebenden Menschen gehört und sich eine Plattform gebildet habe, die sich dagegen wehrt, dass die Kosten für die Beibehaltung dieser Grundversorgung am Bus- und Bahnangebot an die Länder und Gemeinden abgewälzt werden sollen.

Die Gemeinderäte Wildt und GV Lichtenberger halten dem entgegen, dass eventuell Private sogar besser wirtschaften könnten als die öffentliche Hand. Tatsache sei, dass etwa Busse, die nur zwei oder drei Leute transportieren, nicht wirklich für die Nahversorgung relevant seien, meinen sie weiter. Hier wäre vielleicht die Einführung eines sogenannten „Gemeindebusses“ oder einer ähnlichen Einrichtung sinnvoller.

GV Dr. Kaus hält dem entgegen, dass es hier um die Abwehr eines ersten Schrittes zur Verschlechterung der Situation gehe. Der Vorsitzende meint, er möchte sich auch dagegen wehren, dass Kosten, welche bisher vom Bund zu tragen gewesen waren, nun tatsächlich konkret auf die einzelnen Gemeinden übertragen werden sollen, wie so vieles in letzter Zeit. GR Wildt wiederum meint, dass im Endeffekt immer der Steuerzahler das Defizit zu zahlen habe, egal ob der Bund, das Land oder die Gemeinde im Spiel sei.

Nach einer weiteren Diskussion, in deren Verlauf es zu einer allgemeinen Diskussion zum Thema „Liberalisierung“ kommt, fassen sodann die Anwesenden auf Antrag des Bürgermeisters mit acht Stimmen (gesamte SPÖ-Fraktion) dafür und vier Stimmen (GV Lichtenberger, Wildt, Elvira Fischer und Irene Leeb) dagegen nachstehenden

Beschluss:

Resolution

Nahverkehrsreform gefährdet die regionale Erreichbarkeit von Baumgarten

Die Bundesregierung beharrt trotz deutlicher Kritik der Landeshauptleutekonferenz im vergangenen Mai und im November 2005 auf einer nahezu vollständigen „Verlängerung“ des Regionalverkehrs. Nach dem am 12.11.2005 den Landeshauptleuten vorgelegten Entwurf soll die Verpflichtung zur Bereitstellung eines Grundangebotes aus dem ÖPNRVG gestrichen werden. Der gesamte Regionalverkehr wird den Ländern aufgebürdet. Es gibt keinerlei Vorkehrungen, dass der interregionale, regionale und lokale Verkehr zu einem zukunftsweisenden Ganzen zusammen geführt werden kann.

Die Regionen und Gemeinden waren bis jetzt schon regelmäßig die Leidtragenden von Reformen auf Bundesebene. Die Auslagerungen und Privatisierungen von Post und Telekom-Infrastruktur haben die Versorgung der Regionen schon erheblich geschwächt.

Die Verkehrsentwicklung der vergangenen Jahre hat gezeigt, dass die zunehmende Konzentration wirtschaftlicher Aktivität auf wenige Zentren und Achsen zu erheblichem Kaufkraftverlust in der Region geführt hat. Öffentlicher Verkehr ist teilweise die letzte Lebensader einer Gemeinde zur Kaufkraft der Wirtschaftszentren. Dieser öffentliche Verkehr hat in den letzten Jahren vor allem im Busbereich massiv an Kunden verloren. Die Gemeinden stehen damit vor einer immer größeren Gruppe an immobilen Mitbürgern, die ohne Auto ihre Lebensbedürfnisse (Apotheke, Lebensmittelgeschäft, Post, Schule, Behördenwege) nicht mehr befriedigen können. Die Gemeinden haben mit steigender sozialer Ausgrenzung und Abwanderung zu kämpfen.

Der Gemeinderat von Baumgarten drückt seine begründete Sorge aus, ...

- dass eine „Verlängerung“ ohne gesetzliche Absicherung eines Grundangebotes an öffentlichem Verkehr vor allem die ländlichen Regionen massiv schwächen wird.

- dass eine „Verlängerung“ ohne erhebliche zusätzliche Mittelzuweisung zu erheblichem Druck führen wird, dass die Gemeinden für ihre Verkehrsanbindung selbst Budgetmittel zuschießen müssen.
- dass eine „Verlängerung“ vor allem der Regionalbahnen zu einer massiven Schließungswelle führen wird, da die Länder aus Geldnot auf den billigeren, aber weniger leistungsfähigen Bus umschwenken müssen.

Der Gemeinderat von Baumgarten fordert daher die Bundesregierung auf...

- in das ÖPNRVG ein verpflichtend bereit zu stellendes Grundangebot aufzunehmen, das analog zur Schweizer Abgeltungsverordnung zum Eisenbahngesetz allen Siedlungen mit mehr als 100 Einwohnern eine Mindestversorgung an öffentlichem Verkehr garantiert.
- in das ÖPNRVG einen Passus aufzunehmen, demzufolge eine österreichweite Strategie zu erarbeiten ist, mit der alle Gemeinden die Sicherheit einer Grundversorgung an leistbarem, attraktivem öffentlichem Verkehr mit definierten und überprüfbaren Standards haben.
- vor einer „Verlängerung“ dafür Sorge zu tragen, dass das derzeitige und zukünftig nötige Angebot an öffentlichem Verkehr nachhaltig ausfinanziert ist und Länder und Gemeinden nicht wie im derzeitigen Entwurf künftig große Lasten zu tragen haben.
- vor einer „Verlängerung“ mit gesetzlichen Bestimmungen dafür Sorge zu tragen, dass die Gemeinden die Sicherheit haben, nicht nur an einen leistungsfähigen Regionalverkehr angebunden zu sein, sondern auch an den interregionalen Fernverkehr.

Der öffentliche Verkehr steht österreichweit am Scheideweg: Der Gemeinderat von Baumgarten appelliert an die Bundesregierung, diese lebenswichtige Verkehrsanbindung nicht zu gefährden, sondern langfristig abzusichern

Die Mittel zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs sind durch den schleichenden Rückzug des Bundes weitgehend erschöpft. Gleichzeitig kommt aber massiver nachholender Investitionsbedarf auf uns zu, sowohl bei der Bestellerförderung als auch bei der Regionalbahninfrastruktur. Ein Verlagern dieser Finanzierungslasten auf die Länder ist nicht leistbar und führt unweigerlich zu Stilllegungen von Regionalbahnstrecken, Umstellung auf den Bus, aber gleichzeitig langfristig zur Ausdünnung des gesamten ÖPNV-Systems.

4/2006 Rechnungsabschluss 2005

Der Bürgermeister berichtet, dass der Rechnungsabschluss der Gemeinde Baumgarten für das Finanzjahr 2005 im Sinne des § 68 Abs. 3 der Gemeindeordnung vor der Beratung im Gemeinderat im Gemeindeamt durch zwei Wochen hindurch zur allgemeinen öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt ist, und dass dazu keine Erinnerungen eingebracht worden sind.

Im Anschluss werden über die einzelnen Positionen des Rechnungsabschlusses beraten.

Nach weiterer konstruktiver Debatte wird von allen Seiten einhellig die Meinung vertreten, dass vernünftig gewirtschaftet wurde, fassen über Antrag des Vorsitzenden schließlich die Anwesenden einstimmig – ohne Gegenstimme - folgenden

Beschluss:

Der Rechnungsabschluss der Gemeinde Baumgarten für das Finanzjahr 2005 wird wie folgt festgesetzt:

I. KASSENABSCHLUSS:

A) Einnahmen

1. Anfänglicher Kassenbestand:	161.414,20
a) Bargeld	3.930,92
b) Kontostand	
Girokonto-Nr. 00900006404, Commerzialbank Mattersburg AG	135.705,81
PSK-KontoNr. 7.258.068	561,59
Sparbuch-Nr. 31423502 Commerzialbank Mattersburg AG	21.215,88
2. Haushaltsgebarung	
a) ordentliche Einnahmen	989.796,06
b) außerordentliche Einnahmen	22.700,00
3. Durchlaufende Gebarung	118.537,84
<u>Gesamtsumme der Einnahmen:</u>	<u>1.292.448,10</u>

B) Ausgaben

1. Haushaltsgebarung	
a) ordentliche Ausgaben	1.007.616,95
b) außerordentliche Ausgaben	21.695,75
2. Durchlaufende Gebarung	132.828,51
3. Schließlicher Kassenbestand:	130.306,89
a) Bargeld	523,16
b) Kontostand	
Girokonto-Nr. 00900006404 Commerzialbank Mattersburg AG	108.120,90
PSK-KontoNr. 7.258.068	446,95
Sparbuch-Nr. 31423502 Commerzialbank Mattersburg AG	21.215,88

Gesamtsumme der Ausgaben: 1.292.448,10

II. HAUSHALTSRECHNUNG

	Soll	Ist
a) im ordentlichen Teil:		
Einnahmen	1.165.506,28	1.309.023,07
Ausgaben	1.016.003,30	1.213.661,31
Überschuss	149.502,98	95.361,76
Abgang	-----	-----
b) im außerordentlichen Teil:		
Einnahmen	22.700,00	23.704,25
Ausgaben	22.700,00	23.704,25
Überschuss		
Abgang	0,00	0,00
c) durchlaufende Gebarung:		
Einnahmen	117.292,75	167.773,64
Ausgaben	117.292,75	132.828,51
Überschuss	0,--	34.945,13

III. VERMÖGENSRECHNUNG

Summe Aktiva	2.614.008,70
Summe Passiva	362.281,46
<hr/>	
<u>Reinvermögen per 31.12.2005:</u>	<u>2.251.727,24</u>

5/2006 Mittelfristiger Finanzplan 2007/2008

Der Bürgermeister erklärt kurz die vorgegebenen Rahmenbedingungen und nach kurzer Debatte fassen die Anwesenden über seinen Antrag einstimmig – ohne Gegenstimme – nachstehenden

Beschluss:

Der Mittelfristige Finanzplan der Gemeinde Baumgarten für die Haushaltsjahre 2007/2008 wird laut beiliegender Aufstellung beschlossen. Die Beilage bildet hier einen integralen Bestandteil dieses Beschlusses und ist mit den Daten des Rechnungsabschluss an das Land zu übermitteln.

6/2006 Sportverein Baumgarten – Unterstützung durch die Gemeinde beim Ankauf eines Vereinsbusses

Der Vorsitzende berichtet zunächst darüber, dass der Sportverein gezwungen ist, einen neuen Vereinsbus anzuschaffen, weil der bisherige Bus laufend in Reparatur ist. Die Gemeinde habe den Verein in den letzten Jahren – so wie auch heuer – hinsichtlich Errichtung des Trainingsplatzes unterstützt und er würde aus seiner Sicht vorschlagen, den Verein beim Ankauf mit € 5.000 unter die Arme zu greifen. Den Verein selbst würde die Anschaffung ca. 15 Tausend Euro kosten. Er wisse von anderen vergleichbaren Gemeinden, dass dort Busse unter dem Titel „Gemeinde- und Sozialbus“ seitens der Gemeinde angeschafft worden seien, diese aber in der Praxis nur von den Sportvereinen genützt werden.

Gemeindevorstand Lichtenberger schlägt vor, dass die Gemeinde den Bus ankaufen sollte und diesen dann den ortsansässigen Vereinen zur Verfügung stellen soll. Bürgermeister Fischer hält dem entgegen, dass hin und wieder Terminkollisionen nicht auszuschließen sein würden und es nicht klar sei, wer für den Bus verantwortlich ist. Gemeinderat Wildt meint, dass Überschneidungen natürlich nie auszuschließen seien, er aber trotzdem der Meinung sei, dass es auch aus seiner Sicht besser wäre, den Bus komplett über die Gemeinde anzukaufen, weil dadurch für alle Vereine was getan würde. Dem hält der Vorsitzende entgegen, dass im Moment ein eigener Ankauf die Gemeinde zu teuer käme; außerdem war es bisher die Praxis, dass der Vereinsbus des Sportvereines – so er frei wäre – ohnehin an die Gemeinde oder an andere Vereine ausgeborgt worden ist.

Nach einem weiteren Für und Wider, in dessen Verlauf sich alle Anwesenden prinzipiell dafür aussprechen, eine Unterstützung in irgendeiner Form zu gewähren, schlägt der Vorsitzende zunächst vor, einen Beschluss zu fassen, wonach der Verein mit einer Unterstützung in Höhe von EUR 5.000 rechnen kann, damit auf Vereinsseite Sicherheit in diese Frage bestehe und der Ankauf vorgenommen werden könnte. Wenn dann in den nächsten Monaten eine bessere Lösung erarbeitet werden sollte, könnte man den Beschluss zugunsten des Vereines bzw. der anderen Vereine immer noch abändern; diesbezüglich wolle er auch mit den anderen Baumgartner Vereinen Gespräche führen. Nach weiterer konstruktiver Debatte fassen die Anwesenden schließlich über Antrag des Vorsitzenden einstimmig – ohne Gegenstimme – nachstehenden

Beschluss:

Die Gemeinde Baumgarten unterstützt den ASK Baumgarten beim Ankauf eines Vereinsbusses. Die Unterstützung stellt sich so dar, dass entweder ein Betrag von EUR 5.000 zum Ankauf beigesteuert wird oder der Bus von der Gemeinde selbst angekauft und dann sämtlichen Vereinen innerhalb der Gemeinde zur Verfügung gestellt wird.

7/2006 Allfälliges

Unter diesem Tagesordnungspunkt wird noch folgendes besprochen:

- Beleuchtung – Hauptstraße und 2 Schutzwege
Hinsichtlich der geplanten Sanierung der Straßenbeleuchtung erklärt der Bürgermeister, die Kosten für die Lampen selbst zwischen 10 und 14 Tausend Euro liegen werden. Bezüglich eines zweiten Fußgängerüberganges im Bereich Hauptstraße-Pfarrgasse war man sich ja in der letzten Sitzung darüber einig, dass dieser aus Sicht der Gemeinde

notwendig wäre und in diesem Sinne werde man auch mit den zuständigen Stellen Gespräche führen.

- Tag der Offenen Tür bei der Feuerwehr am 17. April 2006

Der Vorsitzende berichtet, dass beim „Tag der offenen Tür“ bereits das neu angelieferte Feuerwehrauto besichtigt werden kann.

- Eröffnung Nordic Walking & Wanderschaukel

Der Bürgermeister informiert noch kurz die Anwesenden von der bevorstehenden Eröffnung der Nordic Walking & Wanderschaukel Kogelberg am 07. Mai 2006.

- Löschteich

Auf Anfrage von GV Lichtenberger teilt der Bürgermeister mit, dass er am heutigen zufällig vor Ort war, um sich ein Bild über die Situation zu machen. Wahrscheinlich werde man den Teich ausbaggern müssen, gleichzeitig sollte man aber auch die so genannten „Prindeln“ ausputzen. Diesbezüglich werde er sich mit Hofrat Rojatz – Wasserbauabteilung in Verbindung setzen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, stellt der Vorsitzende fest, dass die Tagesordnung erschöpft ist. Er dankt den Anwesenden für die Sitzungsteilnahme schließt um 21 Uhr 05 die Sitzung.

Der Schriftführer:

Die Beglaubiger:

Der Bürgermeister: